

„Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das ‚freie Spiel der Kräfte‘ und dergleichen Phrasen, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann auch den verdienten Ertrag zukommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“ (Ludwig Erhard)

„Wenn wir alle Lebensbereiche nur noch nach wirtschaftlichen Gesetzen formen, geraten wir in eine Sackgasse.“ (Johannes Rau in seiner letzten Weihnachtsansprache 2003)

Beide Zitate, auch wenn mehrere Jahrzehnte dazwischenliegen und beide Persönlichkeiten ganz unterschiedlichen Parteien angehören, machen deutlich, dass eine an den Interessen der Menschen orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mehr ist als eine reine Veranstaltung von Wettbewerb und Ökonomie und dass die Forderung fehlt geht, man möge unsere wirtschaftlichen und sozialen Probleme nur dem Wettbewerb überlassen, um effiziente und effektive Lösungen zu erzielen.

Unter dem Titel „Der Markt schlägt den Staat“ beschrieben die Salzburger Nachrichten im Januar 2000 die wirtschaftliche Ausgangslage des zwanzigsten und 21. Jahrhunderts wie folgt: „Anfang 1900 schien sich der Markt endgültig durchgesetzt zu haben. Der durch die industrielle Revolution geschaffene Wohlstand wurde in vollen Zügen genossen, aber der Kapitalismus zeigte auch seine dunklen Seiten, elende Armut kontras-

tierte mit frivolem Reichtum. Schließlich brachte er sich selbst zu Fall. ... Ende des zwanzigsten Jahrhunderts ist die Weltwirtschaft an den Ausgangspunkt zurückgekehrt, aber auf höherem Wohlstandsniveau. Der Neo-Liberalismus ist der Feind der Gewerkschaften, die Globalisierung schreitet voran und fordert Opfer. Es liegt an den Verfechtern einer liberalen Ordnung, ob sie die alten Fehler wieder machen oder zeigen, dass sie aus der Geschichte gelernt haben.“

Gegenwärtige Problemlage

Gesellschaft und Staat stehen heute vor großen Herausforderungen:

- Die Wirtschaft stagniert, allenfalls ist ein Silberstreif an einem fernen Horizont zu erkennen.
- Die Zahl der Arbeitslosen nähert sich der Fünf-Millionen-Grenze.
- Die sozialen Sicherungssysteme sind nicht mehr finanzierbar.
- Deutschland ist Teil eines immer größer werdenden Europas mit durchlässigen Grenzen und vagabundierenden Kapitalströmen.

Die Tatsache, dass die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen hier und weltweit Voraussetzung dafür ist, dass langfristig Wirtschaftswachstum sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen möglich sind, erscheint bei den in dieser oder ähnlicher Form täglichen Schlagzeilen aus den Augen verloren. Diese Erkenntnis ist jüngerem Datums; die internationale Staatengemeinschaft hat sich erst 1991 auf der Weltkon-

ferenz für Umwelt und Entwicklung der UN in Rio de Janeiro darauf verständigt. Offenbar aber neigt man dazu, sie angesichts der anderen, die Gesellschaft fast schon in der Substanz treffenden Probleme auch wieder hintanzustellen. Fragen des Umweltschutzes und der Ökologie nehmen schon seit einer Vielzahl von Jahren in den einschlägigen Meinungsumfragen einen nachgeordneten Platz ein; in der politischen Auseinandersetzung finden sie kaum noch statt.

Die CDU hat 1994 in ihrem noch immer gültigen Grundsatzprogramm nach langem und zähem Ringen das Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft beschlossen, das im Kern die Umsetzung des Begriffes der Nachhaltigkeit umfasst, so wie er 1991 in Rio de Janeiro beschlossen und seitdem in vielen Konferenzen immer wieder bestätigt wurde. Die Verfechter der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft sahen sich allerdings schon damals dem Vorwurf ausgesetzt, die Erweiterung des Begriffes „Soziale Marktwirtschaft“ um das Ökologische beschädige die Soziale Marktwirtschaft und setze sie einem „modischen Denken“ aus.

Fundament der Sozialen Marktwirtschaft

Es ist deshalb angebracht, noch einmal das geistige Fundament der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft zu durchleuchten und die Leitlinien, die Prinzipien aufzuzeigen, von denen sie sich unmittelbar nach dem Kriege angesichts der Zerstörung der materiellen Grundlagen und der weit verbreiteten geistigen Leere einer entidealisierten Bevölkerung leiten ließen. „Ich aber könnte weder existieren noch arbeiten, wenn ich nicht wüsste, dass Gott existiert.“ Dieser Satz stammt von Walter Eucken, der mit seinen Kollegen Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack die Soziale Marktwirtschaft begründet hat. Alle drei wurzelten tief im

christlichen Glauben, und die geistige Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ist ohne diesen Glaubensbezug ihrer Vordenker nicht erklärbar.

Die Soziale Marktwirtschaft war nach dem Willen ihrer Väter nicht nur ein Konzept gegen die Planwirtschaft, wie sie unmittelbar nach dem Kriege von weiten Teilen Deutschlands bis hinein in die CDU gefordert wurde, sie war auch ein Konzept gegen schrankenlosen Liberalismus. Die Freiheit des Einzelnen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen sicherzustellen war das gemeinsame Ziel ihres Bemühens. Wettbewerb war das Vehikel, mit dem dieses Ziel nach ihrer Auffassung am besten zu erreichen war, aber ein Wettbewerb, der nicht schrankenlos war. Denn nach christlicher Auffassung begrenzt sich die Freiheit des Einzelnen immer an der Freiheit seiner Mitmenschen. Freiheit ist nach dem christlichen Sittengesetz nicht grenzenlos und nicht willkürlich; absolute Freiheit gibt es nicht.

Sozialen Frieden schaffen

Am deutlichsten trat dieses Denken bei Alfred Müller-Armack zu Tage, der nicht nur Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch Religionssoziologe war. Er erhob eine soziale Irenik, eine soziale Friedenslehre, zur Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft. Er wollte mithilfe dieser Wirtschaftsordnung den Ausgleich der Interessen untereinander herbeiführen und damit sozialen Frieden schaffen und sichern. Nach Müller-Armacks Auffassung sollte sich der Staat darauf beschränken, die Rahmenbedingungen zu setzen, und es war Aufgabe der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen, den Rahmen in eigener Verantwortung auszufüllen. Der Staat sollte erst dann eingreifen, wenn das Ziel in Gefahr zu geraten droht. Manch einer mag angesichts der heutigen Probleme dies für eine idealistische, wirklichkeitsfremde Einstellung halten. Aber eine

richtige Idee wird nicht dadurch falsch, dass sie überstrapaziert oder missbraucht wird. Sozialpolitik war für die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft und auch für Ludwig Erhard immer die notwendige Ergänzung von Ordnungspolitik; beide dienten dem Ziel, die Nutzungserwartungen der verschiedenen Akteure so miteinander zu verbinden und auf ein Ziel hin zu ordnen, das allen Beteiligten als wünschenswert erscheint.

Prinzip der Verantwortung

Freiheit und Verantwortung gehören nach diesem Leitbild zusammen, Christen tragen Verantwortung für sich und für den anderen, das heißt, sie sind solidarisch mit denjenigen, mit denen sie – wo auch immer – verbunden sind. Christliche Solidarität hat aber auch einen Gegenpol, die Subsidiarität, und auch diese wiederum liegt in dem Prinzip der Verantwortung begründet, indem die Verantwortlichkeit des Nächsten nicht überstrapaziert werden darf, sondern jeder verpflichtet ist, das zu leisten, was er zu leisten im Stande ist.

Diesen „Pfad der Tugend“ hat die Sozialpolitik in den letzten dreißig Jahren immer mehr verlassen; sie entwickelte sich mehr und mehr zur Fürsorgepolitik, zur Umverteilungspolitik. Der freiheitliche, der subsidiäre Aspekt im Sinne der Gründerväter trat immer weiter in den Hintergrund, und damit verblasste die in dem Begriffspaar der Subsidiarität und Solidarität wurzelnde Verantwortlichkeit in dem Maße, in dem der individuelle Anspruch an die sozialen Sicherungssysteme stieg. Sie mutierten zu einem Topf, aus dem man zumindest den Anteil wieder herausholen wollte, den man eingezahlt hatte, am besten noch etwas mehr. Ein solches Verhalten aber muss zwangsläufig zum Kollaps der so gebeutelten Systeme führen.

Vor diesem Hintergrund ist auch der häufige, ja beinahe tägliche Gebrauch des

Begriffes der Eigenverantwortung durch Politik, Wissenschaft, Berater und Publizistik erklärbar und nachvollziehbar. Denn eigentlich ist dieser Begriff ein Pleonasmus; Verantwortung ist immer personengebunden; ich verantworte etwas einem Dritten gegenüber. Deshalb schließt Verantwortung immer und zuerst die eigene Person ein.

Der übersteigerte Anspruch an das System ist aber nicht allein den Versicherten anzulasten, sondern auch denen, die die Bürger in Zeiten der Prosperität in Sonntagsreden und im Wahlkampf förmlich dazu aufgefordert haben, immer noch ein wenig mehr zu fordern. Und auch denen, die ihre eigenen oft hausgemachten Probleme mithilfe der Systeme gelöst haben, zum Beispiel durch großzügige Vorruhestandsregelungen zu Lasten aller oder durch breiteste Bedienung aus dem Topf der Arbeitsverwaltung mithilfe der so genannten versicherungsfremden Leistungen. Dies entschuldigt nicht den individuellen Missbrauch, aber es rückt die Maßstäbe in der Bewertung wieder etwas zurecht.

Reform in den Köpfen

Was Not tut ist deshalb nicht nur eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und des selbst für Experten nicht mehr durchschaubaren Steuerrechtes, sondern nötig ist eine Reform in den Köpfen. Es bedarf eines neuen gesellschaftlichen Ethos, eines Einvernehmens darüber, was diese Gesellschaft zusammenhalten soll. Denn alle strukturellen Reformen laufen ins Leere, wenn sie auf einen unbestellten Acker fallen. Hier ist auch und wesentlich die Politik gefordert. Politik lebt von Idee und Entwurf. Sie muss sich Ziele, Konzeptionen und Werte vorgeben, andernfalls bleibt sie gestaltlos und fahl. Politik hat nur in dem Maße Qualität, wie sie der Verwirklichung von Werten dient und wie dies auch der Bevölkerung erkennbar wird. Wo dieses Erkennen, diese Einsicht

der Bürger in staatliches Handeln nicht mehr gegeben ist – und dass die Gesellschaft mittlerweile an diesem Punkt angekommen sind, sieht man an der geradezu exponentiell zunehmenden Politikverdrossenheit und einem dramatischen Ansehensverlust der Parteien und Politiker –, wo aber diese Einsicht fehlt, ist das Bemühen groß, Vorschriften entweder zu konterkarieren oder eine Verweigerungshaltung einzunehmen.

Die Frage der Gerechtigkeit

Im Kern stellte sich bei allen anstehenden Reformen die Frage der Gerechtigkeit. Dienen die bereits umgesetzten beziehungsweise noch in der Beratung befindlichen Maßnahmen der Gerechtigkeit? Was aber ist sozial gerecht? Diese Frage ist absolut nicht zu beantworten, denn sie ist immer abhängig von normativen Modellen der Gesellschaft. Gerecht kann nur sein, was der guten sozialen Ordnung entspricht. Ein Blick in das Grundgesetz zeigt, dass dort allenfalls Leitplanken zur Beantwortung dieser Frage liegen. Udo di Fabio weist darauf hin, dass die Verfassung zwar in ihrem „grundlegenden Sinnzusammenhang, in ihrem rationalen Logos Aussagen über das enthält, was soziale Gerechtigkeit bedeutet, allerdings auf einem hohen Abstraktionsniveau und deshalb auf beständige Konkretisierung durch die politische Willensbildung des Volkes angewiesen“ ist.

Diese Konkretisierung hat im Nachkriegsdeutschland über einen langen Zeitraum hinweg Erfolg gehabt, sie hat Deutschland zu einer der führenden Wirtschaftsnationen gemacht. Deshalb kann es nicht falsch sein, sich zur Lösung der Probleme wieder auf die Prinzipien, auf den Kern dieser Wirtschaftsordnung zu besinnen und damit auch zu den eingangs beschriebenen Wertvorstellungen, wenn man die Entwicklungen und Prozesse zurückfahren will, die das gesellschaftliche Miteinander überstrapaziert

und damit zu heutigen Verkrustungen und Missständen geführt haben.

„Jede regulierende Politik gerät mit dem Freiheitsprinzip in Konflikt, wenn sie die Markt- und Vertragskräfte der freien Gesellschaft im Übermaß behindert. ... Eine Gesellschaft funktioniert, wenn die Menschen in ihr das Gelingen wollen, einig sind über fundamentale Werte, etwas für sich selbst leisten, das Fortleben in künftigen Generationen in das Zentrum ihrer Lebensgestaltung rücken, nicht vergessen und bereit sind, aus dem wirtschaftlichen Erfolg heraus einen Beitrag für die Gemeinschaft zu erbringen.“ (di Fabio)

Neue globale Herausforderungen

Zurückblicken auf die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft und die Erfolge der fünfziger und sechziger Jahre heißt aber nicht Verdrängen der Einsicht, dass neue globale Herausforderungen entstanden sind. Spätestens seit der UN-Konferenz von 1991 in Rio de Janeiro ist man sich bewusst, dass man in Europa nicht auf einer Insel der Seligen lebt, sondern dass Armut und Umweltzerstörung, dramatisch ansteigender Ressourcenverbrauch bei gleichzeitigem Erkennen ihrer Endlichkeit sowie Bodendegradation und Klimaänderungen langfristig auch Gefahren für die Wirtschaft und damit den Lebensstil heraufbeschwören. Die CDU hat sich deshalb 1994 eindeutig zur Bewahrung der Schöpfung als eine herausragende Aufgabe der Menschheit bekannt.

Gleichzeitig besteht die Überzeugung, dass das System der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne ihrer Gründerväter ein Erfolgsmodell ist, weil es den Freiheits- und Gestaltungswillen des Einzelnen nicht einengt, sondern fördert. Was also lag näher, als auch die ökologische Herausforderung so in das System einzubinden, dass die in ihm enthaltenen Freiheitskräfte zu Gunsten der Ökologie segensreich wirken können. Leider ist es in den

letzten vier Jahren der Regierungsverantwortung der CDU nicht mehr gelungen, hier Pflöcke einzuschlagen, sei es zu Gunsten einer echten ökologischen Finanzreform, sei es zu Gunsten eines Umweltgesetzbuches, mit dessen Hilfe unser überzüchtetes und inkonsistent gewordenes Umweltrecht entrümpelt werden sollte, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Umweltpolitik unter Rot-Grün hat den anderen Weg genommen; sie geht in die entgegengesetzte Richtung dessen, was die Union mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft erreichen wollte, nämlich die Marktkräfte, das Eigeninteresse zu Gunsten eines effizienteren und kostengünstigeren Umweltschutzes zu nutzen. Heute werden unreflektiert und nicht aufeinander abgestimmt Gesetze und Verordnungen aneinander gereiht, die nicht nur den Gestaltungswillen der Betroffenen lähmen, sondern die darüber hinaus zu einer massiven Belastung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands geführt haben und weiter führen.

Das Vorsorge- und das Verursacherprinzip, die Leit motive der von der Union konzipierten Umweltpolitik, kön-

nen im Kern auf die gleichen Prinzipien zurückgeführt werden, auf denen die Soziale Marktwirtschaft aufbaut, auf Solidarität und Subsidiarität. Durch die Umweltvorsorgepolitik schaffen wir den Rahmen, in dem sich menschliches Handeln zu Gunsten der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für sich und seine Nachkommen entfalten kann. Das Verursacherprinzip hingegen lastet die Kosten der Umweltschädigung sowie unterlassener Umweltvorsorge denjenigen an, die dafür die Verantwortung tragen. Damit soll verhindert werden, dass die Verursacher zu Lasten der Allgemeinheit und der späteren Generationen handeln. Positiv ausgedrückt heißt dies, der Verursacher ist stets für die Folgen seines Handelns beziehungsweise Nicht-Handelns verantwortlich. Er kann und darf dafür nicht die Solidargemeinschaft heranziehen.

Deshalb sollte man sich heute nicht nur zurückbesinnen auf die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft, sondern zugleich die Chance nutzen, die die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft zur Lösung unserer Probleme im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips birgt.

Ablenkung von der Preisspirale

„Bund und Länder beziehen mittlerweile zwölf Prozent ihrer gesamten Einnahmen aus Energie- und Kraftfahrzeugsteuern. Im vergangenen Jahr waren das 57 Milliarden Euro. Unter Rot-Grün ist dieser Betrag um 36 Prozent gestiegen, obwohl der Benzinverbrauch seit 1998 um 15 Prozent zurückgegangen ist. Hinzu kommen die von Jahr zu Jahr steigenden Zwangsbeiträge zur Finanzierung alternativer Energien – 2003 waren es 1,9 Milliarden Euro –, die über die Stromrechnung eingezogen werden. Von diesen Zahlen versuchen Grüne und Sozialdemokraten mit ihren Halteten-Dieb-Rufen abzulenken.“

Stefan Dietrich in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. September 2004.